#54

Report aus Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

in der heutigen Abstimmung zum Gesetzentwurf von CDU und CSU zur Begrenzung des illegalen Zustroms von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland (Bundestags-Drucksache: 20/12804) stelle ich klar:

Wieder nach **vorne**

Ich setze mich aus Überzeugung für eine andere Migrationspolitik ein, weil wir das Problem mit der irregulären Migration nicht länger so hinnehmen wollen. Die aktuellen Taten in Aschaffenburg, Magdeburg, Solingen und Mannheim haben uns vor Augen geführt, wie sehr die innere Sicherheit bereits beeinträchtigt ist. In dieser Lage zeigt sich die Rest-Regierung aus SPD und Grünen ignorant und handlungsunfähig. Ganz überwiegende Teile der Bevölkerung erwarten jedoch zu Recht eine Problemlösung. Die CDU hat bereits im September einen Entwurf eines Zustrombegrenzungsgesetzes, Bt.-Drs. 20/12084, in den Deutschen Bundestag eingebracht. Der Inhalt dieses Vorschlags entspricht einem einstimmigen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz.

Aus Überzeugung machen ich und meine Partei weiter eigene Lösungsvorschläge. Wir werben hierfür immer um die Unterstützung aus der demokratischen Mitte des Parlaments. Auch heute haben SPD und Grüne erneut jeden inhaltlichen Ansatz zur Bekämpfung der irregulären Migration abgelehnt. Die sehr weitegehenden Angebote der Union vom heutigen Tag zur Einigung mit rot-grün sind in der Bundestagsdebatte detailliert offengelegt worden. Rot-grün wollte allerdings keine Einigung, sondern nach Aussage der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Katharina Dröge weiter auf die „Pausentaste“ drücken.

Klar ist: Eine Zusammenarbeit mit populistischen und extremistischen Parteien, wie zum Beispiel der sogenannten AfD, kommt für mich nicht in Betracht. Ich und meine Partei arbeiten nicht mit ihnen zusammen, stimmen uns nicht ab und wir kooperieren nicht mit ihnen. Rot-grünes Nichthandeln wird durch verantwortungsloses Diffamieren ergänzt. Wer etwas anderes behauptet, sagt die Unwahrheit und diffamiert. Die Folgen dieser bewussten Verhetzung zeigen sich deutschlandweit in Sachbeschädigungen und Übergriffen bis hin zu Morddrohungen gegen Angehörige der CDU Deutschlands sowie gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von CDU-Mandatsträgern.

Diese Diffamierungen tragen ausschließlich zur Spaltung der Gesellschaft bei, aber nicht im Ansatz zur Lösung der Migrationsprobleme. Wenn die politische Mitte die Probleme nicht löst, dann werden die Probleme die politische Mitte auflösen!

Carsten Müller
Mitglied des Deutschen Bundestages
Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rechtsausschuss
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
T: 030 227 73298 • carsten.mueller@bundestag.de

CDU

Klares Signal für die SED-Opfer - Union setzt alle Forderungen durch

Am Donnerstag hat der Bundestag den Gesetzentwurf zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR verabschiedet. Dies ist ein Zeichen an die Opfer der SED-Diktatur. Wir haben in den Gesprächen mit der ehemaligen Ampel alle unsere Forderungen zugunsten der Betroffenen durchgesetzt. Neben weiteren Verbesserungen wird es eine Dynamisierung der Opferrenten geben und eine sofortige pauschale Leistungserhöhung auf 400 Euro umgesetzt. Die vorgesehene Einmalzahlung für Opfer der Zwangsumsiedlung wird nun spürbar von den zunächst vorgeschlagenen 1.500 Euro auf 7.500 Euro erhöht. Ein bundesweiter Härtefallfonds für die Opfer, der insbesondere auch Mittel von Dritten annehmen kann, wird eingerichtet. Dabei erwarte ich, dass deutsche Unternehmen wie Aldi und Otto, die in der Vergangenheit von dem SED-Unrecht profitiert haben, ihrer Verantwortung gerecht werden und sich freiwillig am Härtefallfonds beteiligen. Das schwedische Unternehmen IKEA geht voran und stellte bereits sechs Millionen Euro für den Härtefallfonds bereit. Die Verabschiedung des Gesetzes ist aber kein Verfahrensabschluss. In der nächsten Legislaturperiode wird unser Fokus auf die Opfer von SED-Zwangsdopingmaßnahmen gerichtet. Es wird darum gehen, konkrete Regelungen zu verabschieden. Wir werden insbesondere in Richtung Täter ein klares Signal setzen: Wer verantwortlich für Leid und Unrecht im SED-System war, der sollte damit rechnen, dass die Union die Kürzung der Renten der Verantwortlichen prüft. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit!“

Ampel verhindert effiziente Maßnahmen gegen Gewaltkriminalität

In Anbetracht der jüngsten Taten wäre es notwendig gewesen, dass SPD und Grüne unserem Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches und zur Verbesserung des Opferschutzes zustimmen. Der Rest-Regierung ist diese Thematik aber nicht wichtig genug. Unser Gesetzentwurf ist ein Zeichen gegen Femizide und gegen Gewalt gegen Frauen. Auch sehen wir, dass bei Gewalttaten häufig Messer als Werkzeuge eingesetzt werden. Um dieser erhöhten Gefährlichkeit Rechnung zu tragen, müssen wir eine Qualifikation einführen, die den Einsatz eines Messers zum Verbrechen macht. Dabei geht es nicht nur um Gesichtspunkte der Sühne, sondern auch um solche der Generalprävention. Einer solchen zunehmend stattfindenden Verrohung muss der Rechtsstaat entschieden entgegentreten. Es ist unverständlich, dass SPD und Grüne dazu nicht bereit sind. Wir werden uns in der nächsten Legislaturperiode weiter dafür einsetzen, dass Frauen weitreichenden Schutz erhalten. Insbesondere werden wir weiterhin betonen, dass nicht die Frau, sondern der Täter Einschränkungen erfahren muss.“

#WeRemember

Am Montag jährte sich die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz zum 80. Mal. In Auschwitz wurden bis zur Befreiung durch die Rote Armee rund 1,2 Millionen Menschen umgebracht. Es ist unsere Pflicht, die Erinnerung an diesen Teil der deutschen Geschichte aufrechtzuerhalten. Dabei geht es nicht darum, ein gern heraufbeschworenes Schuldgefühl zu zementieren. Es geht darum, das Leid, das durch den Holocaust verursacht wurde, im kollektiven Gedächtnis zu erhalten. Nur so sind wir auch in Zukunft gewappnet gegen die Gefahren, die von rechtsextremer Gesinnung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ausgehen.

Ihr und Euer

Links zu meinen sozialen Medien

Carsten Müller
Mitglied des Deutschen Bundestages
Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rechtsausschuss
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
T: 030 227 73298 • carsten.mueller@bundestag.de